

DER VOLKSWIRT

Eine gute Partie

Was hat das Heiraten mit gesellschaftlichen Aufstiegschancen zu tun? Die Partnerwahl ist von großer Bedeutung – nicht nur für die Paare selbst. Sie beeinflusst auch die Vermögensverteilung in einer Gesellschaft.

Von Melanie Häner, Michele Salvi und Christoph Schaltegger

Die Ehe ist der Anfang und der Gipfel aller Kultur“ hielt Goethe in seinem Roman „Die Wahlverwandtschaften“ aus dem Jahr 1809 fest. Und seine Feststellung hat bis heute ihre Gültigkeit: Den richtigen Partner zu finden ist wohl eine der wichtigsten Lebensentscheidungen überhaupt. Sie beeinflusst das Leben der Paare selbst, hat allerdings auch wirtschaftspolitische Konsequenzen. Dies machte sich schon die Habsburgerdynastie zunutze – nicht umsonst galt ihr Motto: „Bella gerant alii, tu felix Austria nibe“ („Kriege führen mögen andere, du, glückliches Österreich, heirate“). Statt sich mittels Kriegsführung zusätzliche Ländereien anzueignen, betrieben sie eine gezielte Heiratspolitik. Kaiser Maximilian I. etablierte durch klug arrangierte Ehen binnen dreier Generationen die Habsburger als europäische Großmacht. Die Vermählung seiner Enkel bei der Jagiellonischen Doppelhochzeit von 1515 ermöglichte beispielsweise die spätere Herrschaft der Habsburger über Ungarn und Böhmen und festigte damit die Position gegenüber dem Osmanischen Reich. Der soziale Status der involvierten Familien stand bei den habsburgischen Eheverbindungen über allem. So wurden jenen Familienmitgliedern die Privilegien der Krone entzogen, die eine sogenannte „Ehe zur linken Hand“ eingingen, also nicht standesgemäß heirateten. Herzog Franz Ferdinand etwa musste aufgrund seiner Liebesheirat mit Gräfin Sophie Chotek im Jahre 1900 dem Thronverzicht seiner Nachkommen zustimmen, weil er damit gegen das Habsburger Hausgesetz verstoßen hatte. Die Beisetzung in der Kaisergruft blieb ihm ebenfalls verwehrt. Auch im deutschen Hochadel hatten die fürstlichen Heiraten politischen Charakter und wurden strategisch eingegangen. Eine besonders erfolgreiche Reichsfürstenfamilie stellten die Stauffer dar, die im ausgehenden Mittelalter dank ehelicher Verbindungen das Herzogtum und später mit Konrad III. die Königswürde erlangten. Auch die Familie der Hohenzollern, die den deutschen Kaiser stellten, betrieben über mehrere Jahrhunderte dynastische Heiratspolitik. Deren letzte große Hochzeit im Mai 1913 in Berlin sollte noch zur Versöhnung mit den Welfen beitragen.

Mit dem Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung 1919 wurden die Standsvorrechte des Adels abgeschafft. Damit verloren auch die politstrategischen Ehen im deutschsprachigen Raum an Bedeutung. Geheiratet wird aber weiterhin – sei es wegen gesellschaftlichem Status oder aus romantischen Gründen. So wurden in Deutschland 2021 knapp 350.000 und in der Schweiz rund 36.000 Ehen geschlossen. Und noch immer werden die Fragen zu den gesellschaftlichen Folgen des Bundes fürs Leben leidenschaftlich diskutiert. Wer heiratet heute eigentlich wen? Und wie entscheidend ist der familiäre Hintergrund des Partners für die persönlichen Aufstiegschancen? Kurzum: Wird heute noch immer „standesgemäß“ geheiratet?

Gleich und gleich gesellt sich gern – und erhöht die Ungleichheit

Empirische Studien für westliche Länder zeigen, dass in den letzten Jahrzehnten verstärkt unter seinesgleichen geheiratet wird. Es ist die Rede von sogenannten „Power Couples“, wie sie von den Clooneys oder den Obamas verkörpert werden. Einkommens- und Bildungsniveaus der Paare gleichen sich zunehmend an, was nicht zuletzt auf die bessere Bildung und die stärkere Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Außerdem gibt es Hinweise, dass sich die Partnerpräferenzen verändert haben. Besonders bildungsferne Personen interessieren sich für homogene Partnerschaften.

Die Ähnlichkeit der Ehepartner lässt sich mithilfe des Schweizer Steuer- und Bevölkerungsregisters im Detail untersuchen. Aus unserer Studie geht hervor: Die Paare ähneln sich in ihrem Einkommen, ihrem Vermögen und ihrer Bildung tat-



Illustration Peter von Tresckow

sächlich stark. Für das Einkommen beträgt der mittlere Zusammenhang zwischen den Ehepartnern rund 0,34. Will heißen: Wenn ein Mann in der Leiter der Einkommensverteilung zehn Sprossen höher klettert, liegt auch der mittlere Einkommensrang seiner zukünftigen Frau um 3,4 Sprossen höher. Wenn wir die Großen in statistische Gruppen unterteilen, lässt sich ein klares Muster beobachten. Die Privilegierten bleiben besonders oft unter sich – und dasselbe gilt für die unteren Gesellschaftsschichten.

Aufstieg durch eine „gute Partie“ ist selten

Eine Ehe innerhalb des obersten Prozents der Spitzenverdiener ist in der Schweiz nahezu fünfzehnfach wahrscheinlicher, als wenn die Paare zufällig heirateten würden. Eine Heirat innerhalb des untersten Prozents der Einkommen ist gar über dreifach wahrscheinlicher.

Das bedeutet im Umkehrschluss: Die gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten durch eine „gute Partie“ in der Schweiz sind beschränkt. Die Chancen, als Tellerwäscher eine Anwältin oder als Frisörin einen Chefarzt zu heiraten, stehen eher schlecht. Zwar lässt sich für Frauen eine leichte Tendenz beobachten, dass sie einen Mann aus der nächsthöheren Einkommensgruppe heiraten und umgekehrt. Doch die Heirat in eine wesentlich höhere oder tiefere Einkommensschicht ist für beide Geschlechter selten. „Gleich und gleich gesellt sich gern“ gilt auch für den sozialen Status von Ehepartnern.

Wenn vor allem Reich und Reich oder Arm und Arm zusammenkommen, bleibt dies nicht ohne gesellschaftliche Folgen. Die Ähnlichkeit im Status ist mit einer beachtlichen Zunahme der sozialen Ungleichheit verbunden: Sowohl die Einkommens- wie auch die Vermögensungleichheit wären in der Schweiz bedeutend tiefer, wenn rein zufällig geheiratet würde.

Bemessen lässt sich dies illustrativ anhand eines einfachen Vergleichs: Die Partnerwahl der Schweizer erhöht insgesamt die Einkommensungleichheit stärker, als diese durch unser progressives Steuersystem reduziert wird. Damit macht das individuelle Heiratsverhalten die politisch gewollte Umverteilung wieder zunichte – zumindest fast. Für die einkommensstärksten fünf Prozent der Schweizer Bevölkerung überwiegt der Einfluss der Steuerprogression jenen der Partnerwahl.

Steuerdaten erlauben Untersuchung der „Power Couples“

Ein solch detaillierter Vergleich zwischen der Bedeutung der Partnerwahl und den Auswirkungen der steuerlichen Umverteilung auf die Einkommensverteilung ermöglicht uns die Natur unserer Daten. Der Ursprungsdatensatz wird vom Schweizer Bundesamt für Sozialversicherungen herausgegeben. Er verknüpft harmonisierte kantonale Steuerdaten mit weiteren Statistiken wie etwa der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte.

Steuerdaten haben gegenüber Umfragedaten wie etwa dem sozio-ökonomischen Panel in Deutschland oder dem Swiss Household Panel in der Schweiz den Vorteil, dass sie auch die obersten Einkommen repräsentativ abbilden, weil es sich um eine Vollerhebung handelt. So erfassen die Daten auch die Heiraten zwischen den Spitzenverdienern systematisch. Um das Ausmaß der selektiven Partnerwahl unverzerrt zu messen, betrachten wir das Einkommen, den Bildungsstand und das Vermögen der Partner jeweils im Jahr vor deren Heirat. Würde nämlich die Ähnlichkeit im sozialen Status erst bei der vollzogenen Heirat berücksichtigt, hätten die Paare schon gemeinsame Entscheidungen gefällt und damit unsere Messung verzerrt. Aus demselben Grund schauen wir uns ausschließlich Erstheiraten an. Im Durchschnitt sind die Frauen unserer Stichprobe 29 Jahre alt, die Männer mit rund 32 Jahren durchschnittlich etwas älter. Über den verfügbaren Zeitraum von fünf Jahren können wir insgesamt gut 32.000 Paare beobachten.

Die Bedeutung der potentiellen Erbschaften

Ein Weiteres ist wichtig: Der Datensatz erlaubt die Verknüpfung der einzelnen Individuen und so die Verfolgung der familiären Linie. Uns ist beispielsweise die anonymisierte Identität des jeweiligen Vaters und der jeweiligen Mutter bekannt. Damit kann zusätzlich zum sozialen Status der Paare selbst auch jener ihrer Eltern berücksichtigt werden. Und das ist essenziell für die Einordnung der gesellschaftlichen Verteilungseffekte des Heiratsens, wie die Analyse zeigt.

Auf den ersten Blick scheint es nämlich, als würde die freie Partnerwahl in der Schweiz zum selben Ergebnis führen wie die strategische Heiratspolitik der alten Adelshäuser. Ein anderes Bild offenbart sich jedoch, wenn in der Analyse auch das elterliche Vermögen der Ehepaare berücksichtigt wird. So lässt sich untersuchen, ob eher in „neues“ – also selbst erwirtschaftetes – oder eher in „altes“ – sprich familiär bedingtes – Geld geheiratet wird. Dadurch lässt sich untersuchen, ob sich die Partner auch hinsichtlich ihres potentiellen Erbes ähneln.

Die Ergebnisse zeigen: Die Schweizer Paare ähneln sich nicht nur im eigenen, sondern auch im elterlichen Vermögen, dem potentiellen Erbe. Die Ähnlichkeit im eigenen Vermögen ist jedoch deutlich ausgeprägter. Während eine Ehe innerhalb des obersten Prozents der Vermögenden fast achtmal wahrscheinlicher ist als bei einer Zufallsheirat, ist die entsprechende Ähnlichkeit im elterlichen Vermögen lediglich knapp dreimal wahrscheinlicher. Hier zeigt sich also der entscheidende Unterschied zu den Ehen der früheren dynastischen Hochzeiten im Adel: Heute ist der familiäre Hintergrund weniger entscheidend als der selbst erarbeitete soziale Status des Partners.

Die Partner ähneln sich also stärker im eigenen sozialen Status als im abstammenden Elternhaus. In den Adelsfamili-

en stand dagegen über Generationen der soziale Status der Eltern im Vordergrund. Dies erlaubte, durch strategisches Heiraten den Status und die Macht zu erhalten oder gar auszudehnen. Wenn heute hingegen Kinder gesellschaftlich auf- und absteigen können, führt die Heirat nach dem Motto „Gleich und gleich gesellt sich gern“ nicht mehr zwangsläufig zur Zementierung des familiären Status über Generationen hinweg.

Tatsächlich ist es um die gesellschaftlichen Aufstiegschancen in der Schweiz erfreulich bestellt. Das Ausmaß der sozialen Mobilität bemisst sich danach, wie stark der soziale Status eines Kindes von jenem seiner Eltern und weiter zurückliegenden Generationen abhängt. Während in Deutschland nach den Eltern und Großeltern auch noch die Urgroßeltern den Bildungsstand der Kinder beeinflussen, verblasst der familiäre Effekt in der Schweiz schon nach drei Generationen vollständig. Dies geht aus unserer Untersuchung von Daten seit dem Spätmittelalter hervor. Wir werteten hierzu die Nachnamen aller Neugeborenen in Basel bis zurück ins Jahr 1550 aus und glichen die Häufigkeiten der Nachnamen mit deren Verbreitung in der Elite – beispielsweise unter den Studenten der Universität Basel – ab, um die verwandtschaftlichen Linien verfolgen und den sozialen Status bestimmen zu können. Die Analyse über 15 Generationen zeigt, dass der mittlere Einfluss der Eltern auf den Bildungserfolg ihrer Kinder 40 Prozent beträgt. Der zusätzliche Einfluss der Großeltern ist mit 20 Prozent noch halb so groß wie die elterliche Prägung. Mit den Urgroßeltern ist die familiäre Abstammung für den Bildungsstatus irrelevant.

Heute wird also der soziale Status viel stärker erworben als ererbt. Was bedeutet dies nun für die Ungleichheit in der Gesellschaft? Die Steuerprogression kompensiert zwar größtenteils bloß die Ungleichheitspräferenzen der Heiratswilligen. Aber solange der soziale Status in einer durchlässigen Gesellschaft selbst erarbeitet werden muss, vermag auch eine „Heirat zwischen Gleichen“ keine Familiendynastie wie bei den Habsburgern zu etablieren.

Fazit: Intakte gesellschaftliche Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken sind nicht nur wesentlich für eine funktionierende Gesellschaft, die auf Verdienst und Leistung statt auf Abstammung und Beziehung setzt. Die soziale Mobilität verhindert auch, dass das selektive Heiraten eine problematische Zementierung der gesellschaftlichen Schichten zur Folge hat.

Melanie Häner ist Bereichsleiterin Sozialpolitik am Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern.

Michele Salvi ist Fellow des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern.

Christoph A. Schaltegger ist Professor für Politische Ökonomie und Direktor des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern.

EUROPLATZ FRANKFURT

Handbuch für ein neues Marktregime

Von Martin Lück

In unserem Ausblick zur Jahresmitte hatten wir festgestellt, dass ein neues Marktregime begonnen hat. Dies hat sich an vielen Stellen bestätigt – bei hoher Inflation und wackligem Wachstum, bei einbremsenden Zentralbanken, steigenden Anleihezinsen und anhaltendem Druck auf Risikoaktiva. Anders als von vielen Marktteilnehmern erwartet dürften die Zentralbanken diesmal nicht zu Hilfe eilen, wenn das Wachstum schwächelt.

Das Risiko zu starker Straffung und damit Rezession nehmen sie offenbar in Kauf. Erst wenn der ökonomische Schaden eingetreten ist, dürften weitere Zinsanhebungen ausbleiben, wobei die Inflation dann immer noch oberhalb des 2-Prozent-Ziels stehen dürfte. Die entscheidende Frage ist: Wie viel von alledem hat der Markt schon vorweggenommen? „Den Schaden einpreisen“ ist deshalb unser erstes Thema für den Ausblick 2023, und um es kurz zu machen: Wir denken, dass insbesondere Aktienbewertungen die bevorstehende Rezession noch nicht hinreichend abbilden. Erst wenn wir glauben, dass dies der Fall ist, werden wir auch unsere Risikopositionierung wieder positiver gestalten.

Das neue Investmentregime erfordert auch einen veränderten Blick auf Anleihen, unser zweites Thema. Höhere Zinsen sind ein Geschenk für Anleger, die lange verzweifelt nach Erträgen gesucht haben. Und nun müssen sie nicht einmal besonders viel Risiko eingehen, um sie zu finden. Daher bevorzugen wir kürzer laufende Staatsanleihen und Pfandbriefe sowie Unternehmensanleihen guter

Bonität, in deren Renditen wir einen attraktiven Ausgleich für Rezessionsrisiken eingepreist sehen. Dagegen glauben wir, dass anhaltend hohe Inflation die länger laufenden Staatsanleihen davon abhalten wird, ihre traditionelle Rolle als Portfoliogegegenwicht zu spielen. Anleger werden höhere Laufzeitprämien verlangen, sobald sie zum Schluss kommen, dass die Zentralbanken die Inflation nicht auf das Zielniveau von 2 Prozent herunterzwingen werden.



Und damit sind wir auch beim dritten großen Thema unseres Ausblicks 2023: Leben mit höherer Inflation. Auch wenn im kommenden Jahr die Inflation sinkt, etwa bedingt durch Basiseffekte, dürften strukturelle Veränderungen wie die Alterung der Gesellschaft, die grüne Transformation und eine Neusortierung globaler Handelsströme für längerfristig höhere Inflation sorgen. Aus diesem Grund bleiben wir dabei, inflationsgeschützte Anleihen sowohl taktisch als auch strategisch überzugeschichten.

Insgesamt erfordert das neue Investmentregime also auch ein aktualisiertes Anlagehandbuch. Es erfordert einen häufigeren Blick ins Depot und gegebenenfalls Anpassung der Balance zwischen Risikoappetit und dem, was der Markt bereits eingepreist hat. Dabei wird erforderlich sein, noch granularer zwischen Sektoren, Regionen und Unterabteilungen von Anlageklassen zu differenzieren, statt wie bisher auf breite Positionierungen zu setzen.

Der Autor ist Leiter Kapitalmarktstrategie für die DACH-Region und Osteuropa bei Blackrock.

WIRTSCHAFTSBÜCHER

„Opium für die Wirtschaft“

Zur Geschichte der Subventionen in Deutschland

Das politische Urgestein der alten Bundesrepublik, Franz Josef Strauß, wertete gegen die um sich greifende „Subventionsmentalität“, bestand aber 1979 auf milliardenschweren Hilfen für die Deutsche Airbus, deren Aufsichtsrat er im Nebenamt vorstand. Der Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth ließ kein gutes Haar an den Hilfen für die Werften, schlug aber zu der erschreckend wirkungslosen Berlinförderung. Subventionen werden oft als „Opium für die Wirtschaft“ kritisiert, zugleich aber eigene Branchen- oder Standortinteressen mit dem Hinweis auf strukturpolitische Sachzwänge hartnäckig verteidigt.

In dieses Dickicht führt das luzide Buch von Ralf Ahrens, der die bundesdeutsche Subventionspraxis zwischen den 1960er- und den 1980er-Jahren sowie die sie begleitenden Kontroversen analysiert. Das Thema ist kompliziert, denn es fehlt eine klare Definition von Subventionen, deren exakter Umfang unbekannt ist. Der seit 1967 erscheinende Subventionsbericht der Bundesregierung ist alles andere als vollständig. Im Kern geht es um direkte Finanzhilfen und Steuerkonzessionen, die auf verschiedenen Ebenen bis hinunter zu den Kommunen gewährt werden. Ahrens konzentriert sich auf den Bund und die Industrie. Die Wahl des Zeitraumes leuchtet ein, denn nach dem Ende des Nachkriegsbooms und durch die Ölkrise kam die deutsche Wirtschaft um 1970 unter Druck. Den Endpunkt der Darstellung markiert die deutsche Vereinigung, mit der ein neues Kapitel der Subventionspolitik begann.

Die Ergebnisse dieser profunden, jedoch zuweilen trockenen Studie lassen aufhorchen. Die Vergabe von Subventionen folgte nie einer ökonomischen, sondern stets einer politischen Logik. Die mittelständisch strukturierte und regional breit gestreute Textilindustrie kam zu keinem Zeitpunkt in die Nähe der Fördertöpfe, die der Ruhrbergbau anzapfen konnte. Hier handelte es sich um geographisch konzentrierte Großunternehmen mit großer politischer Hebelkraft. Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsstärkstes Bundesland hatte eine überragende Bedeutung als Wählerreservat, die eine zugeknöpfte Politik gegenüber den Kumpeln nicht zuließ. So flossen über die Jahrzehnte dreistellige Milliardenbeträge an strukturschonenden Subventionen in den todgeweihten Steinkohlebergbau. Es ist bemerkenswert, dass man die Stahlindustrie nicht im Entferntesten in ähnlicher Höhe förderte. Sie blieb sogar deutlich hinter den Werften und der Schifffahrt zurück.

Der einzige Empfänger hoher Subventionen, den man als Zukunftsindustrie klassifizieren kann, war die Luft- und Raumfahrtindustrie. Beim Airbus-Projekt spielten starke außen- und militärpolitische Überlegungen eine Rolle. Was anfangs ein Fass ohne

Boden zu sein schien, entwickelte sich langfristig zu einem teilweise hochprofitablen Gegengewicht zum amerikanischen Monopolisten Boeing. Dieser Erfolg war nicht absehbar und stand immer wieder infrage.

Auch die Informationstechnologie zählte zu den Zukunftsindustrien. Der Versuch, die Vormachtstellung von IBM bei Großrechnern durch die Förderung von Siemens und AEG herauszufordern, wurde ein Schlag ins Wasser. Die Umorientierung auf die sogenannte „mittlere Datentechnik“ machte zwar prinzipiell Sinn, brachte aber nur karge Resultate hervor. Die Dominanz der USA bei der IT wurde auch mit Zuschüssen aus der Staatskasse nicht gebrochen.

Keine Branchen wurden so üppig bedacht wie die Landwirtschaft und der Bergbau. Schruppende Sektoren erhielten deutlich mehr als Wachstumsbranchen. Zu keiner Zeit gab es eine systematische Erfolgskontrolle oder ein subventionspolitisches Gesamtkonzept, sondern stets nur fallbezogene Reaktionen auf spezifische Forderungen und letztlich intransparente Aushandlungsprozesse. Dort, wo es wie im Ruhrgebiet oder in den Küstentändern regional hoch konzentrierte Branchen gab, waren die Erfolgsaussichten hoch. Auch die Terminierung von Wahlen spielte eine nicht unwesentliche Rolle. Es gab auch sehr alte Subventionen, an deren Sinn niemand mehr erinnern konnte, wie die 1868 eingeführte Steuerbefreiung von Salz für das damals wichtige Einsalzen von Heringen. Ungefähr ein Drittel der als Subventionen klassifizierten Steuervergünstigungen waren vor 1949 eingeführt worden.

Allerdings täuscht der Eindruck einer ständigen Erhöhung der Subventionen. Es gab auch Phasen des relativen Abbaus wie in den frühen 1970er-Jahren, als ihr Anteil am Bundeshaushalt sank. In den 1980er-Jahren stiegen die Leistungen zugunsten der Industrie aber im Gegensatz zur neoliberalen Marktrhetorik der Kohl-Regierung auf neue Höchststände. Diverse Versuche der Rückführung von Subventionen etwa durch generelle prozentuale Kürzungen scheiterten immer am Widerstand der Empfänger. Die deutsche Vereinigung beendete die zweifelhaften Zonenrand- und Berlinförderung, um das Prinzip der Regionalförderung sofort auf ganz Ostdeutschland zu übertragen. Die Wirtschaft ist auch nach Jahrzehnten marktwirtschaftlicher Sonntagsreden nicht von ihrer „Drogenabhängigkeit“ kuriert. Ganz im Gegenteil wächst in Zeiten der neuen Energiepreiskrise die Zahl der Stüchtingsprunghaft. HARTMUT BERGHOFF

Ralf Ahrens: Strukturpolitik und Subventionen. Debatten und industriepolitische Entscheidungen in der Bonner Republik. Wallstein, Göttingen 2022, 312 Seiten, 32 Euro.